

17. Juli 2017

Endlich: SPD will Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich abschaffen

Wir brauchen eine gemeinsame nationale Bildungsallianz von Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft

Berlin, den 17.07.2017. Der Deutsche Kulturrat fordert schon seit zehn Jahren, das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich abzuschaffen, um einem kooperativen Bildungsföderalismus den Weg zu eröffnen. Wir unterstützen deshalb nachdrücklich, die Initiative des SPD-Kanzlerkandidaten **Martin Schulz** das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich abzuschaffen und damit die Voraussetzungen für eine nationale Bildungsallianz zu schaffen.

Der Deutsche Kulturrat gibt zu bedenken, dass eine zeitgemäße nationale Bildungsallianz ohne Einbindung der zivilgesellschaftlichen Akteure nicht denkbar ist. Wir brauchen eine gemeinsame Nationale Bildungsallianz von Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: „Ich bin Nutznießer der Bildungsreformen der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Nur wegen dieses bildungspolitischen Aufbruchs konnte ich mich über den sogenannten Zweiten Bildungsweg qualifizieren. Die Durchlässigkeit im Bildungssystem hat in den letzten Jahrzehnten leider deutlich abgenommen. Dem mit einer nationalen Bildungsallianz entgegen zu wirken, ist überfällig. Ohne die Abschaffung des Kooperationsverbotes von Bund und Ländern im Bildungsbereich wird das aber nicht möglich sein. Es ist sehr zu begrüßen, dass durch die Vorschläge von Martin Schulz Bildungspolitik jetzt zu einem Thema des Bundestagswahlkampfes geworden ist.“

- Forderungen des Deutschen Kulturrates zur Bundestagswahl 2017: Kulturpolitik für die 19. Legislaturperiode (2017-2021) (siehe u.a. die Forderungen 5 + 7)

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat